S 6 R 443/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hessen
Sozialgericht	Sozialgericht Darmstadt
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 R 443/17
Datum	22.05.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 R 161/20
Datum	21.02.2023

3. Instanz

Datum	06.07.2023
-------	------------

I.Â Â Â Die Berufung des KlÃ¤gers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Darmstadt vom 22. Mai 2020 wird zurÃ¼ckgewiesen.

II.Â Â Die Beteiligten haben einander auch im Berufungsverfahren keine Kosten zu erstatten.

II.Â Â Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand

Die Beteiligten streiten Ã¼ber die Meldung hÃ¶herer Entgelte fÃ¼r Zeiten der Arbeitslosigkeit in das Versicherungskonto des KlÃ¤gers fÃ¼r den Zeitraum vom 21. MÃ¤rz 1997 bis 14. Dezember 1998.

Der 1951 geborene KlÃ¤ger bezog im Zeitraum vom 21. MÃ¤rz 1997 bis 14. Dezember 1998 von der Agentur fÃ¼r Arbeit (vormals Arbeitsamt) Arbeitslosengeld. FÃ¼r diesen Zeitraum wurden an die Beklagte Entgelte in HÃ¶he von insgesamt 55.431,00 DM gemeldet.

Mit bestandskräftigem Vormerkungsbescheid vom 22. Februar 2012 stellte die Beklagte nach [§ 149 Abs. 5 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch \(SGB VI\)](#) die im beigefügten Versicherungsverlauf enthaltenen Daten, die länger als sechs Kalenderjahre zurückliegen, also die Zeiten bis zum 31. Dezember 2005, verbindlich fest. Mit Schreiben vom 7. August 2012 zweifelte der Kläger die gemeldeten Entgelte für den Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Juni 1996 an. Die Beklagte stellte daraufhin weitere Ermittlungen bei der Krankenkasse und beim Arbeitgeber des Klägers für diesen Zeitraum an. Mit Bescheid vom 27. November 2012 stellte die Beklagte fest, dass für den Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Juni 1996 sozialversicherungspflichtige Entgelte in Höhe von 15.000,00 DM vorlagen.

Mit mehreren Schreiben vom 3. Dezember 2012, 20. Dezember 2012, 4. Januar 2013 und 20. Januar 2013 beantragte der Kläger bei der Beklagten die Berichtigung der Meldungen durch die Agentur für Arbeit in den Kalenderjahren 1997 und 1998. Am 13. Mai 2013 erhob der Kläger Klage vor dem Sozialgericht Darmstadt. Durch Gerichtsbescheid vom 13. August 2015 (Az.: S 6 R 214/13) wies das Sozialgericht Darmstadt die Klage als unzulässig ab (nachgehend Urteil des erkennenden Senats vom 18. Juni 2019, L 2 R 310/15).

Mit Bescheid vom 17. März 2016 lehnte die Beklagte die Rücknahme des Bescheides vom 27. November 2012 im Hinblick auf die Korrektur der Zeit vom 21. März 1997 bis 14. Dezember 1998 ab. Die Beklagte legte dabei das Schreiben des Klägers vom 3. Dezember 2012 als Äußerungsantrag aus. Im zur Äußerung gestellten Bescheid sei jedoch weder das Recht unrichtig angewandt noch von einem unrichtigen Sachverhalt ausgegangen worden. Die Agentur für Arbeit prüfe, nach welcher Bemessungsgrundlage das gezahlte Arbeitslosengeld bei der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern sei. Eine neue Meldung über ein höheres Bemessungsentgelt liege nicht vor. Hiergegen legte der Kläger am 14. April 2016 Widerspruch ein, der mit Widerspruchsbescheid vom 8. August 2017 zurückgewiesen wurde.

Mit Bescheid vom 20. März 2017 bewilligte die Beklagte dem Kläger eine Regelaltersrente ab dem 1. November 2016. Nach dem Versicherungsverlauf wurden für den Zeitraum vom 21. März 1997 bis 14. Dezember 1998 insgesamt Entgelte in Höhe von 55.431 DM berücksichtigt. Hiergegen legte der Kläger Widerspruch ein, der mit Widerspruchsbescheid vom 8. August 2017 zurückgewiesen wurde. Die hiergegen erhobene Klage wurde vom Sozialgericht Darmstadt (S 6 R 459/17) durch Gerichtsbescheid vom 22. Mai 2020 abgewiesen. Das Berufungsverfahren (L 2 R 160/20) wird vor dem erkennenden Senat geführt.

Der Kläger hat am 30. August 2017 Klage gegen den Widerspruchsbescheid vom 8. August 2017 bzgl. des Äußerungsverfahrens vor dem Sozialgericht Darmstadt erhoben. Das Sozialgericht hat die Klage durch Gerichtsbescheid vom 22. Mai 2020 abgewiesen. Die Klage sei unzulässig, denn es fehle an einem Rechtsschutzbedingung. Mit dem Begriff des Rechtsschutzbedingungs (Rechtsschutzinteresse) werde zum Ausdruck gebracht, dass nur derjenige, der mit dem von ihm angestrebten gerichtlichen Rechtsschutzverfahren ein

rechtsschutzwürdiges Interesse verfolge, einen Anspruch auf gerichtliche Sachentscheidung habe und beim Fehlen eines solchen Interesses das prozessuale Begehren als unzulässig abgewiesen werden müsse. Das Rechtsschutzbedürfnis fehle insbesondere, wenn die Klage für den Kläger offensichtlich keinerlei rechtliche oder tatsächliche Vorteile bringen könne. Dies sei im Regelfall bei Erledigung eines Verwaltungsaktes gegeben. Der streitgegenständliche Überprüfungsbescheid betreffend die Vormerkung versicherungsrechtlicher Zeiten habe sich durch Erlass des Rentenbescheides vom 20. März 2017, der Gegenstand des Parallelverfahrens S 6 R 459/17 sei, erledigt (Verweis auf Urteil des erkennenden Senats vom 18. Juni 2019, L 2 R 310/15). Im Übrigen sei der streitgegenständliche Bescheid nach Auffassung des Gerichts materiell rechtmäßig gewesen. Es werde nach [Â§ 136 Abs. 3](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) auf die Begründung des angegriffenen Widerspruchsbescheides verwiesen.

Der Kläger hat gegen den ihm am 26. Mai 2020 zugestellten Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Darmstadt vom 22. Mai 2020 am 4. Juni 2020 Berufung beim Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt eingelegt.

Der Kläger hält zur Berufungsbegründung an seinem Begehren fest und erachtet die Entscheidung des Sozialgerichts als fehlerhaft.

Der Kläger beantragt, den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Darmstadt vom 22. Mai 2020 sowie den Bescheid vom 17. März 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 8. August 2017 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, den Vormerkungsbescheid vom 22. Februar 2012 sowie den Bescheid vom 27. November 2012 abzuändern und im Zeitraum 21. März 1997 bis 14. Dezember 1998 ein höheres Entgelt aus dem Bezug von Arbeitslosengeld zu berücksichtigen, ferner wiederholt der Kläger seine Anträge Nr. 0 â 10 aus den Schriftsätzen vom 17.02. und 20.02.2023.

Der Vertreter der Beklagten beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Die Beklagte schließt sich der ihrer Ansicht nach zutreffenden Entscheidung des Sozialgerichts an.

Wegen des weiteren Sach- und Streitstandes wird im Übrigen auf die Gerichtsakte und die Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind.

Â

Entscheidungsgründe

Die Berufung des Klägers ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht erhoben worden ([Â§ 151](#) Sozialgerichtsgesetz â SGG).

Der Vorsitzende des Senats, Vizepräsident des Landessozialgerichts De Felice, war

nicht wegen Befangenheit daran gehindert, an der Entscheidung mitzuwirken, da der Befangenheitsantrag des Klägers vom 16. Februar 2023 bereits unzulässig ist. In den Fällen, in denen der abgelehnte Richter wegen offensichtlich unzulässigem Ablehnungsgesuch an der Entscheidung mitwirken darf, sind die Gründe, warum eine solche Fallgestaltung gegeben ist, in der Entscheidung über die Sache, die mit dem abgelehnten Richter ergeht, darzulegen. Einer gesonderten Entscheidung über das Befangenheitsgesuch bedarf es nicht (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/ Leitherer/Schmidt, 13. Aufl. 2020, § 60 Rn. 10e).

Nach [§ 60 SGG](#) i.V.m. [§ 42 Abs. 2](#) Zivilprozessordnung (ZPO) kann ein Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen. Dabei kommt es nach ständiger Rechtsprechung darauf an, ob der betroffene Beteiligte von seinem Standpunkt aus bei vernünftiger objektiver Betrachtung Anlass hat, die Voreingenommenheit des oder der abgelehnten Richter zu befürchten (siehe BSG, Beschluss vom 10. Dezember 2010, [B 4 AS 97/10 B](#), juris m.w.N.; Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, § 60 Rn. 7).

Offensichtlich unzulässig ist ein Ablehnungsgesuch, wenn es völlig ungeeignet ist und es sich um eine bloße Formalentscheidung handelt (Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, § 60 Rn. 10d; BSG, Beschluss vom 27. Oktober 2009, [B 1 KR 51/09 B](#), SozR 4-1500 § 60 Nr. 6). Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG, Beschluss vom 20. Juli 2007, [1 BvR 2228/06](#), [NJW 2007, 3771](#) ff.) entschieden, dass bei strenger Beachtung der Voraussetzungen des Vorliegens eines gänzlich untauglichen oder rechtsmissbräuchlichen Ablehnungsgesuchs eine Selbstentscheidung mit der Verfassungsgarantie des [Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG](#) nicht in Konflikt gerät, weil die Prüfung keine Beurteilung des eigenen Verhaltens des abgelehnten Richters voraussetzt und deshalb keine Entscheidung in eigener Sache ist. Eine völlige Ungeeignetheit eines Ablehnungsgesuchs in diesem Sinne ist anzunehmen, wenn für eine Verwerfung als unzulässig jedes Eingehen auf den Gegenstand des Verfahrens entbehrlich ist. Ist hingegen eine wenn auch nur geringfügige Befassung mit dem Verfahrensgegenstand erforderlich, scheidet eine Ablehnung als unzulässig aus.

Unter Beachtung dieses strengen Maßstabes erweist sich das Gesuch des Klägers als offensichtlich unzulässig. Der Kläger hat keine konkreten Anknüpfungspunkte dargelegt, die bei vernünftiger objektiver Betrachtung auf eine Befangenheit des Vorsitzenden hindeuten könnten. Es müssen objektive Gründe dargetan werden, die dafür sprechen, dass eine mögliche Fehlerhaftigkeit einer Entscheidung auf einer unsachlichen Einstellung des Richters gegen den ablehnenden Beteiligten beruht oder willkürlich im Sinne einer greifbaren Gesetzeswidrigkeit ist (BSG, Beschluss vom 9. März 2017, [B 12 KR 83/16 B](#), juris). Anhaltspunkte für solche objektiven Gründe sind nicht erkennbar, denn der Kläger stützt seinen Ablehnungsantrag allein auf das Unterschreiben der Ladungsverfugung durch den Vorsitzenden unter der Bezeichnung als Vizepräsident des Landessozialgerichts. Diese Vorgehensweise ist

prozessual erforderlich, denn ansonsten kann ein Termin zur mündlichen Verhandlung nicht stattfinden. Ein Befangenheitsantrag ist unzulässig, wenn der Beteiligte nur Handlungen beanstandet, die nach der Prozessordnung vorgeschrieben sind (Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/ Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2021, Â§ 60 Rn. 10b). So liegt der Fall hier, denn nach [Â§ 110 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) bestimmt der Vorsitzende Ort und Datum eines Termins. Gleiches gilt für den gegen die Mitarbeiterin der Serviceeinheit, Frau C., gestellten Befangenheitsantrag vom 16. Februar 2023. Die in der Prozessordnung vorgesehene Aufgabe des Vorsitzenden wird nicht zu einer Handlung seitens der Gerichtsverwaltung, weil der Vorsitzende des 2. Senats zugleich Vizepräsident des Landessozialgerichts ist.

Das Urteil ist aufgrund einer ordnungsgemäß durchgeführten mündlichen Verhandlung ergangen.

Zunächst wurde der mit Schriftsatz vom 16. Februar 2023 gestellte und mit Schriftsätzen vom 17. und 20. Februar 2023 ergänzend begründete Verlegungsantrag mit schriftlich niedergelegtem Beschluss des Vorsitzenden am 20. Februar 2023 bei Würdigung der Gesamtumstände rechtzeitig beschieden.

Ferner war während der mündlichen Verhandlung der Grundsatz der Öffentlichkeit gewahrt. Nach der Dienstanweisung des Präsidenten des Hessischen Landessozialgerichts vom 1. November 2018, die den Zutritt, die Voraussetzungen für und den Ablauf der Sicherheitsmaßnahmen im Justizgebäude regelt, sind Personen, die dessen Räumlichkeiten betreten wollen, zunächst grundsätzlich einer Sicherheitskontrolle durch einen externen Sicherheitsdienst unterworfen. Weitergehende Äußerungen, etwa nach dem Anlass des Besuchs, werden nicht vorgenommen. Eine Übergabe der Besucher an die Mitarbeiterinnen der Info-Zentrale erfolgt danach ausschließlich zu deren besserer Orientierung im Gebäude. Die Angehörigen der Gerichtsverwaltung wie des Sicherheitsdienstleisters werden zur Gewährleistung der Sicherheit im Gerichtsgebäude und der Öffentlichkeit im Bereich der Sitzungssäle regelmäßig geschult und instruiert. Diese Umstände sind dem erkennenden Senat (gerichts)bekannt.

Die Berufung hat in der Sache keinen Erfolg. Der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Darmstadt vom 22. Mai 2020 ist nicht zu beanstanden.

Die Klage ist unzulässig. Denn mit Erlass des Rentenbescheides haben sich sowohl der Vormerkungsbescheid vom 22. Februar 2012 [nach Â§ 39 Abs. 2 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch \(SGB X\)](#) auf andere Weise als auch sonstige Feststellungen der Beklagten oder vom Kläger angestrebte Verwaltungsverfahren zur Feststellung der Höhe des im Versicherungsverlauf vermerkten Entgelts einzelner rentenrelevanter Zeiten erledigt. Ebenso erledigt hat sich damit das Äußerungsverfahren [nach Â§ 44 SGB X](#) hinsichtlich des Vormerkungsbescheides vom 22. Februar 2012 und des Bescheides vom 27. November 2012.

Der Rentenversicherungsträger entscheidet erstmals mit der Feststellung einer

Leistungâ â hier dem Altersrentenbescheid â Ã¼ber Anrechnung und Bewertung der im Versicherungsverlauf enthaltenen Daten (vgl. [Â§ 149 Abs. 5 Satz 3 SGB VI](#)) und darf den Rentenwert bestimmen. Im Rentenbescheid sind sÃ¤mtliche fÃ¼r die Berechnung der Rente bedeutsamen Zeiten auf der Grundlage des zutreffenden Sachverhalts und des fÃ¼r die Rentenbewilligung maÃgeblichen Rechts (vgl. [Â§ 300 Abs. 1](#) und [2 SGB VI](#)) zu berÃ¼cksichtigen. Stehen einer solchen Entscheidung Feststellungen eines Vormerkungsbescheides entgegen, sind diese âim Rentenbescheidâ (vgl. [Â§ 149 Abs. 5 Satz 2 Teilsatz 1 Alt. 2 SGB VI](#)) aufzuheben, und zwar entweder nach [Â§ 44 Abs. 2 SGB X](#) (bei rechtswidrig nicht begÃ¼nstigenden Feststellungen) oder nach [Â§ 45 SGB X](#) (bei rechtswidrig begÃ¼nstigenden Feststellungen); im Falle einer Ãnderung der zugrunde liegenden Vorschriften hat die Korrektur âmit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheitâ ohne Anwendung von [Â§ 24](#) und [Â§ 48 SGB X](#) zu erfolgen ([Â§ 149 Abs. 5 Satz 2 Teilsatz 2 SGB VI](#)). Nach Erlass eines Rentenbescheides besteht damit kein RechtsschutzbedÃ¼rfnis mehr zur DurchfÃ¼hrung eines gesonderten Rechtsbehelfsverfahrens nur in Bezug auf den Vormerkungsbescheid; ein solches Verfahren ist unzulÃ¤ssig (BSG, Urteil vom 6. Mai 2010, [B 13 R 118/08 R](#), juris m.w.N.). Mit Erlass des Rentenbescheides bedarf es nicht mehr eines diese Entscheidung mit dem Ziel der Beweissicherung nur vorbereitenden Verfahrens Ã¼ber die Feststellung einzelner wertbestimmender UmstÃ¤nde.

Es besteht daher kein Erfordernis mehr der Inanspruchnahme separaten Rechtsschutzes auÃerhalb des bereits anhÃ¤ngigen Verfahrens gegen den Rentenbescheid vom 20. MÃ¤rz 2017. Der KlÃ¤ger ist darauf zu verweisen, sein Begehren auf einen hÃ¶heren Rentenanspruch unmittelbar in dem Rechtsstreit gegen den Rentenbescheid geltend zu machen.

Die weiteren â erstmals im Berufungsverfahren angebrachten â AntrÃ¤ge 0 bis 10â aus den SchriftsÃ¤tzen vom 16. bis 20. Februar 2023 bleiben erfolglos, denn sie betreffen â bis auf den Antrag Nr. 7 â schon den Klagegegenstand â GewÃ¤hrung einer hÃ¶heren Altersrente â nicht. Sie beziehen sich auf Feststellungen allgemeiner Natur oder formale Fragen. Der Antrag Nr. 7 hat demgegenÃ¼ber keinen eigenstÃ¤ndigen Inhalt, denn er verlangt die WÃ¼rdigung der Anregungen und AntrÃ¤ge im Berufungsschreiben, was schon durch den Sachantrag gewÃ¤hrt ist. Im Rahmen der Rechtsfindung berÃ¼cksichtigt der Senat einschÃ¼gige hÃ¶chststrichterliche Entscheidungen, so dass die FeststellungsantrÃ¤ge Nrn. 2, 3, 8 (2) und 9 ohne eigenstÃ¤ndige rechtliche Relevanz sind. Den EntscheidungsgrÃ¼nden kÃ¶nnen die âFeststellungenâ dazu entnommen werden, welche hÃ¶chststrichterliche Rechtsprechung der Senat seiner Entscheidung zugrunde gelegt hat. Zu den AntrÃ¤gen 0, 4, 5 und 7 ist auszufÃ¼hren, dass der Senat im Rahmen einer Entscheidung Ã¼ber die GewÃ¤hrung einer hÃ¶heren Altersrente darlegt, welche Normen diesbezÃ¼glich gelten und heranzuziehen sind. Gleiches gilt fÃ¼r die Darstellung von fÃ¼r die Beklagte gÃ¼ltige Normen. Keinesfalls jedoch besteht ein gesondertes Feststellungsinteresse bzgl. der Feststellung, dass die Beklagte eine KÃ¶rperschaft des Ã¶ffentlichen Rechts ist bzw. fÃ¼r diese [Art. 20 Abs. 3 GG](#) gilt. Auch die RÃ¼ge im Antrag Nr. 1, die Terminladung genÃ¼ge nicht den FÃ¶rmlichkeiten, hat keinen Erfolg. Die Terminladung gemÃ¤Ã [Â§ 110 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) ist im Original vom

zuständigem Richter, dem Senatsvorsitzenden, $\hat{\square}$ mit vollem Namen $\hat{\square}$ unterzeichnet worden. Sie ist dem Kl $\hat{\square}$ ger $\hat{\square}$ wie sich aus seinem eigenen Vorbringen ergibt $\hat{\square}$ gem $\hat{\square}$ [\$\hat{\square}\$ 63 Abs. 1 Satz 2 SGG](#) bekanntgegeben und sogar f $\hat{\square}$ rmlich mit Postzustellungsurkunde zugestellt worden. [\$\hat{\square}\$ 110 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) enth $\hat{\square}$ lt f $\hat{\square}$ r die Terminsbestimmung keine den Urteilen und Beschl $\hat{\square}$ ssen entsprechenden Formvorschriften. Vielmehr ist lediglich vorgeschrieben, dass der Vorsitzende Ort und Zeit der m $\hat{\square}$ ndlichen Verhandlung bestimmt und sie den Beteiligten in der Regel zwei Wochen vorher mitteilt. Daran $\hat{\square}$ ndert nichts, dass Terminsbestimmungen nach [\$\hat{\square}\$ 63 Abs. 1 SGG](#) zuzustellen sind. Denn die Mitteilung einer Terminsbestimmung durch Zustellung hat lediglich eine Sicherungsfunktion. Dies besagt aber nichts dar $\hat{\square}$ ber, in welcher Form der Termin zu bestimmen ist und die Terminsmitteilung zu ergehen hat (BSG, Urteil vom 30. Oktober 1991, [8 RKn 14/90](#), [BSGE 70, 1-9](#), SozR 3-5750 Art 2 $\hat{\square}$ 62 Nr. 5, [SozR 3-1500 \$\hat{\square}\$ 63 Nr. 3](#), SozR 3-5050 $\hat{\square}$ 28b, [SozR 3-1500 \$\hat{\square}\$ 63 Nr. 3](#), Rn. 19). Die vorliegende Ausf $\hat{\square}$ hrung der Terminsbestimmung durch die Mitarbeiterin der Serviceeinheit verst $\hat{\square}$ lt somit nicht gegen zwingende Formvorschriften. Abschlie $\hat{\square}$ end ist auszuf $\hat{\square}$ hren, dass der Kl $\hat{\square}$ ger nicht mit Erfolg mit seinem Antrag Nr. 8 (1) geltend machen kann, dass er vor Durchf $\hat{\square}$ hrung der m $\hat{\square}$ ndlichen Verhandlung Einblick in die Unterlagen der senatsinternen Sitzungsvorbereitung erh $\hat{\square}$ lt, denn f $\hat{\square}$ r dieses Begehren existiert keine Rechtsgrundlage.

Die Berufung konnte keinen Erfolg haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf [\$\hat{\square}\$ 193 SGG](#).

Die Revision wird nicht zugelassen, weil die Voraussetzungen des [\$\hat{\square}\$ 160 Abs. 2 SGG](#) nicht erf $\hat{\square}$ llt sind.

$\hat{\square}$

Erstellt am: 29.08.2023

Zuletzt ver $\hat{\square}$ ndert am: 23.12.2024